

# Die Stadt will die GBW-Wohnungen nicht kaufen

**IMMOBILIEN** In Regensburg stehen 128 Wohneinheiten zum Verkauf an. Die Stadt will sie nicht, sieht die Mieter geschützt. Die SPD attackiert OB Schaidinger.

VON ERNST WALLER, MZ

**REGENSBURG.** Die Bayerische Landesbank hat ihre Aktienbeteiligung an der GBW (Gemeinnützige Bayerische Wohnungsbaugesellschaft) AG und damit ihren Wohnungsbestand an ein Investorenkonsortium veräußert. In Regensburg sollen nun für rund neun Millionen Euro 128 Wohneinheiten, vier Stellplätze und zwölf Garagen in der Hermann-Geib-Straße sowie in der Von-Reiner-Straße verkauft werden. Das gab die Stadt in einer Pressemitteilung bekannt. Nach MZ-Informationen befinden sich insgesamt rund 1500 Wohnungen in Regensburg noch in GBW-Besitz. Die ersten 128 Wohneinheiten werden nun verkauft.

## **OB: Wir kümmern uns um die Mieter**

Wie mehrfach berichtet, wurde den bayerischen Städten ein vertragliches Vorkaufsrecht eingeräumt. Doch der Stadtrat hat sich in nichtöffentlicher Sitzung mehrheitlich gegen einen Kauf der GBW-Wohnungen ausgesprochen. „Diese Summe wollen wir lieber zukunftsorientiert in den Bau neuer Wohnungen investieren“, wird OB Hans Schaidinger in der Pressemitteilung zitiert. Für diese Summe als 25-prozentiges Eigenkapital und der üblichen Kreditfinanzierung könne man rund 200 neue Wohnungen bauen, so Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Daminger auf MZ-Nachfrage.

Für die Stadt sei jetzt vor allem wichtig, dass die betroffenen Mieter durch die Sozialcharta, die laut Kaufvertrag auch für den Käufer verbindlich sei, ausreichend geschützt werden. „Darum werden wir uns auch im Interesse der Mieter künftig kümmern“, betont OB Hans Schaidinger.

## **SPD wirft Schaidinger Versagen vor**

Die SPD-Stadtratsfraktion, die auch gegen den Ankauf durch die Stadt gestimmt hat, reagiert mit Empörung. Regensburg bekomme als eine der ersten bayerischen Kommunen die Folgen des „unnötigen Verkaufs“ durch den Freistaat zu spüren. Die CSU-Vertreter im Aufsichtsrat der BayernLB, zu denen auch OB Schaidinger gehörte, hätten versagt, betont SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Hartl. „Wir mussten uns schweren Herzens dafür entscheiden, das vertraglich bestehende Vorkaufsrecht nicht auszuüben“, betont Norbert Hartl.

Die Investition von Millionenbeträgen in den Kauf bestehender Wohnungen würden das Wohnungsproblem in Regensburg weiter verschärfen, da der Stadt dann diese Mittel für Wohnungsneubauten nicht mehr zur Verfügung stünden. „Wir Sozialdemokraten werden nach der Wahl von Joachim Wolbergs zum Oberbürgermeister den Mietwohnungsneubau verstärken“, so die SPD.

CSU-Fraktionsvorsitzender Christi-

## **AUSZUG AUS DER SOZIALCHARTA**

- ▶ „Luxusmodernisierungen“ sind in den ersten fünf Jahren ausgeschlossen.
- ▶ **Kündigungen** sind bis zum 27. Mai 2023 ausgeschlossen.
- ▶ **Mietverhältnisse** von Bestandsmietern, die zum Zeitpunkt des Aktienverkaufs das 60. Lebensjahr vollendet haben oder schwerbehindert sind, dürfen lebenslang nicht gekündigt werden.
- ▶ **Für künftige Mieterhöhungen** gelten u. a. die Vorschriften des BGB.

an Schlegl sieht sich durch den Stadtratsbeschluss bestätigt: „Wir haben von Anfang an gesagt, dass die Stadtbau GmbH jeden verfügbaren Euro in den Bau von zusätzlichem bezahlbaren Wohnraum stecken soll.“ Ziel der CSU sei es, dass die Stadtbau 1000 neue Wohnungen baut. Erstaunt zeigt sich Schlegl über das „öffentliche Schauspiel“ der SPD: „Über den Verkauf der GBW-Anteile vor Wut zu schäumen, im Stadtrat aber dann die Hand gegen das Vorkaufsrecht zu heben, zeugt von einer Erosion der Glaubwürdigkeit.“